

PAX REPORT

Herausgegeben vom Deutschen Friedensrat e.V.

Ausgabe 2/2013 – 1/2014



Es ist klar: 2014 müssen wir auf die Straße, um der Charme-Offensive der Großen Koalition zur Aufwertung von Militäraktionen laut und sichtbar etwas entgegen zu setzen. Der nächste Termin ist der 1. Februar in München. Das »Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz« ruft zum lautstarken und phantasievollen Protest auf. Denn ohne massiven Druck

von unten werden die Regierenden weder ihre Rüstungs- und Kriegspolitik noch ihre die Welt zerstörende Wirtschaftspolitik ändern. Die Bilanz der NATO-Einsätze ist verheerend. Die NATO ist ein Kriegsbündnis. Deren Auflösung ist friedensnotwendig.
www.sicherheitskonferenz.de

Foto: Aktionsbündnis

Seite 2 Große Koalition – Krieg und Frieden • Seite 5 Europas Rüstungsgipfel • Seite 7 Internationales Antidrohnen-Netzwerk • Seite 9 Genf II – Frauen zum Friedensgipfel • Seite 10 Friedenspolitischer Ratsschlag • Seite 11 Schutz für Edward Snowden • Seite 12 Friedensbewegung in der DDR • Seite 13 Neue deutsche Ostpolitik? Seite 14 Haifa-Konferenz und WPC-Tagungen • Seite 15 Theater in Afghanistan

Die große Koalition zu Krieg und Frieden

Tobias Pflüger: Anforderungen an Friedenspolitik 2014 – Antimilitarismus konkret

Das Jahr 2014 ist aus friedenspolitischer Sicht ein besonders wichtiges Jahr: Erstens jährt sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum 100. Mal und zweitens startet eine neue Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD ihr Regieren. Vor Beginn des Ersten Weltkriegs gab es zu wenig Widerstand gegen Kriegspolitik. Schauen wir heute, da die Welt wieder von Krisen geschüttelt ist, genau hin, wenn die Bundesregierung deutsche Kapitalinteressen mit militärischen Mitteln zu sichern sucht. Schon aus dem Koalitionsvertrag ergeben sich Anforderungen an Friedenspolitik im Jahr 2014 und für die Bewegung Aktionsfelder für einen konkreten Antimilitarismus.

Die neue Bundesregierung wird friedens- oder besser kriegspolitisch gern unterschätzt. Dabei gilt grundsätzlich, dass sie eine Reihe noch vorhandener Bremsen im Bereich Außenpolitik lösen will. Die von Westerwelle am häufigsten zitierte Formulierung des alten Koalitionsvertrages, man lasse sich bei militärischen Interventionen von einer »Kultur der Zurückhaltung« leiten, ist im neuen Vertrag nicht mehr enthalten.

Dies ist der erste Koalitionsvertrag der jüngeren Geschichte, der einen positiven Bezug zu Atomwaffen herstellt: »Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben.« Die letzten Regierungen hatten hier zumindest deklariert, dass ein Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland angestrebt wird, auch wenn dies nie geschah und die »Nukleare Teilhabe« Deutschlands Teil der Politik aller bisherigen Bundesregierungen blieb.

Militärpropaganda verhindern – auch mit den Gewerkschaften

Die Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft bekommt eine neue Dimension, wenn es heißt, »Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Aus-

bildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich.«

Damit nicht genug! Im Koalitionsvertrag heißt es: »Wir treten dafür ein, das Verständnis für die Besonderheiten des Soldatenberufes zu erweitern und so die breite Anerkennung für den Dienst in den Streitkräften sicherzustellen. Feierliche Gelöbnisse etwa sind Ausdruck der Ver-

Hier müssen Aktionen wie gegen Militär- und Kriegsforschung an Hochschulen (Stichwort: Zivilklausel-Bewegung) und »Schulfrei für die Bundeswehr« weiter forciert werden. Die klaren Positionen der GEW gegen diese Militarisation des Bildungswesens sind hier sehr hilfreich.

Die Bundesregierung baut derzeit die »Regionalen Sicherungs- und Unterstüt-



Der Koalitionsvertrag offen einsehbar: Friedenspolitisch gibt's Rückschritte.

© Deutscher Bundestag/Achim Melde

ankerung der Bundeswehr in der demokratischen Gesellschaft. Die Koalition unterstützt den fortgesetzten Dialog der Bundeswehr in und mit der Gesellschaft. Die Verantwortung für unsere Veteranen wollen wir gemeinsam tragen. Dies gilt auch für die Fürsorge für Verwundete und Versehrte und die würdige Gestaltung der Erinnerung an unsere Gefallenen und Toten.« Erstmals ist von »Veteranen« der Bundeswehr in einem Koalitionsvertrag die Rede. Es ist also unter Verteidigungsministerin von der Leyen mit einer neuen Propagandaoffensive für die Bundeswehr und ihre Auslandseinsätze zu rechnen. Die Bundesregierung wird versuchen, die Akzeptanz der Bundeswehr und der Militär- und Kriegspolitik in der Bevölkerung zu steigern. Dem müssen alle Organisationen der Friedensbewegung und die parlamentarische Opposition deutlich etwas entgegenstellen.

Es muss wieder selbstverständlich werden, dass die Bundeswehr an Schulen und Hochschulen nichts zu suchen hat.

zungskräfte (RSUKr)« der Bundeswehr auf. Diese aus Reservist/inn/en gebildeten Einheiten sollen den so genannten »Heimatschutz« sichern. Dies ist ein Versuch, die zivilmilitärische Zusammenarbeit zu verstärken und die Bundeswehr gesellschaftlich zu verankern. Es ist gut, dass Die Linke in ihrem Bundestagswahlprogramm die Auflösung der RSUKr fordert. Die RSUKr vor Ort zu thematisieren ist nun der nächste Schritt.

Mein Verdacht ist, dass die Bundesregierung wieder verstärkt auf einen Einsatz der Bundeswehr im Innern drängen wird. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes dazu gibt leider den notwendigen Spielraum. Es gilt nun mit aller Kraft den Dammbbruch eines Bundeswehreinsatzes im Innern zu verhindern. Besonders hier ist Zusammenarbeit mit Gewerkschaften notwendig. Die Proteste gegen die Kooperation des DGB mit der Bundeswehr machen Mut. Dass die DGB-Spitze allerdings die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr betreibt, zeigt – wie auch die ►

Editorial

Liebe Leserinnen und liebe Leser,
liebe Mitglieder und Freunde des
Deutschen Friedensrates,

wir danken Euch für Euer Engagement und für die Unterstützung der Arbeit des Deutschen Friedensrates. Für das Jahr 2014 wünschen wir Euch Gesundheit und viel Kraft für die vor uns stehenden Aufgaben zur Erreichung einer gerechten und friedlichen Welt.

Das Jahr 2013 war für die Friedensbewegung voller Herausforderungen. Dass die unabwendbar erscheinende westliche Militärintervention zum Sturz der Assad-Regierung in Syrien aufgehalten wurde, ist nicht allein russischer Diplomatie zu verdanken. Dazu haben wesentlich die weltweiten Antikriegsproteste beigetragen. Die entschlossenen Aktionen der »Stop the War Coalition« in Großbritannien haben dazu geführt, dass das britische Parlament Premier

Cameron die Kriegsgefolgschaft verweigerte und die »Koalition der Willigen« auseinanderbrach und der mit Bomben geplante Regimewechsel nicht stattfand.

Der anhaltende »Krieg gegen den Terror« hat die Welt nicht sicherer gemacht. Im Gegenteil – er hat mehr und mehr Gewaltbereitschaft erzeugt. Die Enthüllungen von Edward Snowden haben offenbart, wie Deutschland in diesen Krieg involviert ist.

Das Jahr 2014 steht im Zeichen des 100. Jahrestages des Beginns des Ersten Weltkrieges. Wir wissen: Vor Beginn des Ersten Weltkrieges hat es zu wenig Widerstand gegen Aufrüstung und Kriegspropaganda gegeben. Schauen wir heute genau hin, wenn die Bundesregierung deutsche Kapitalinteressen mit militärischen Mitteln zu sichern sucht!

Tobias Pflüger analysiert im vorliegenden Heft sowohl den EU-Rüstungsgipfel, als auch den Koalitionsvertrag unserer neuen Regierung. Er weist nach: »Krieg

beginnt hier.« Und er macht deutlich, dass wir im Jahr 2014 in Opposition zum Koalitionsvertrag ein antimilitaristisches Aktionsprogramm brauchen. Wesentliche Arbeitsschwerpunkte für den Deutschen Friedensrat sind in diesem Jahr:

- Die internationale Antidrohnen-Kampagne
- Die Kampagnen gegen Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte
- Ablehnung von Militärpropaganda (u.a. Kampagne »Bundeswehr raus aus Schulen und Hochschulen!«)
- Nein zu Kriegs- und Militäreinsätzen

Antikriegs- und Friedensarbeit muss finanziert werden. Wir bitten Euch um Spenden für unsere Arbeit, damit wir uns als Deutscher Friedensrat wirkungsvoll in die Kampagnen der bundesweiten Friedensbewegung einbringen können.

*Bärbel Schindler-Saefkow,
Barbara Fuchs, Tobias Pflüger,
Susanne Willems
Vorstand des Deutschen Friedensrates*

Konversionsdebatte – die dringende Notwendigkeit von Friedensdebatten innerhalb der Gewerkschaften.

Neue Verträge und Institutionen für die EU sind zwingend

Die Aussage zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Koalitionsvertrag ist beachtenswert: »Die Bundeswehr wird auch in Zukunft in Auslandseinsätzen gefordert. Das setzt ein breites militärisches Fähigkeitsspektrum voraus.« Dafür setzt die Bundeswehr verstärkt auf Kooperation innerhalb der NATO und der EU: »Eine zunehmende Mitwirkung deutscher Soldaten in integrierten Strukturen und Stäben auf NATO- und EU-Ebene muss mit dem Parlamentsvorbehalt vereinbar sein. Deshalb wollen wir eine Kommission einsetzen, die binnen Jahresfrist prüft, wie die Parlamentsrechte gesichert werden können.« Via EU- und NATO-Einsätzen ist geplant, die Axt an den Parlamentsvorbehalt (weiter) anzulegen. Es sollen wohl noch häufiger als bis jetzt schon, am Parlament vorbei, deutsche Truppen im Ausland eingesetzt werden. Interessant ist vielleicht noch, dass die EU-Erweiterung in einem Kontext mit der NATO-Erweiterung behandelt wird – gerade was Osteuropa angeht: »Gemeinsam mit unseren Partnern und

Verbündeten werden wir die Heranführung der Länder des Westlichen Balkans an EU und NATO aktiv vorantreiben.«

Überhaupt setzt diese Koalition offensichtlich neben der NATO sehr auf die Europäische Union (als Militärbündnis): »Wir setzen uns dafür ein, die zivilen und militärischen Instrumente der Europäischen Union weiter miteinander zu verknüpfen und Europas zivile sowie militärische Fähigkeiten zur Krisenprävention und Konfliktbeilegung zu verbessern. Die Streitkräfteplanung in Europäischer Union und Nordatlantischer Allianz ist enger aufeinander abzustimmen.

Dopplungen sind zu vermeiden. NATO- und EU-Fähigkeiten müssen komplementär zueinander sein.« Die Kritik und Ablehnung der weiteren (vertraglich festgelegten) Militarisierung der Europäischen Union ist von zentraler Bedeutung. Auch deshalb ist die Forderung nach einem Neustart der Europäischen Union mit vollständig neuen Verträgen und Institutionen zwingend.

Bezüglich der NATO ist Klartext notwendig. Die NATO ist ein Kriegsbündnis, deren Auflösung ist friedensnotwendig. Um das politisch handhabbar und kampagnefähig zu machen, ist es richtig, den Austritt Deutschlands aus den militärischen Strukturen der NATO zu fordern, ergänzt durch

die Forderung nach einer Kündigung der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands.

Die jetzige Bundesregierung wird im Bereich der Außenpolitik weiterhin auf »zivilmilitärische Kooperation« und »vernetzte Sicherheit« und die Einbindung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe in Militärstrategien wie Aufstandsbekämpfung z.B. in Afghanistan setzen. Diese zivilmilitärische Zusammenarbeit muss abgelehnt werden. Nach dem Willen der Bundesregierung sollen auch nach dem so genannten Abzug weiterhin (Bundeswehr-)Truppen in Afghanistan bleiben. Eine ehrliche Aufarbeitung des Afghanistaneinsatzes und die Forderung nach vollständigem Abzug der NATO und Bundeswehr sind notwendig.

Krokodilstränen und Killerdrohnen

Interessant ist auch, dass die zivilmilitärische Zusammenarbeit insbesondere bei der Flüchtlingsabwehr verstärkt werden soll. Frontex soll nun auch auf militärische Strukturen zugreifen können. Die Forderung nach Auflösung von Frontex und der Beendigung der mörderischen Flüchtlingspolitik Deutschlands und der Europäischen Union ist und bleibt richtig. Die Krokodilstränen der Regierenden oder eines Herrn Gauck in seiner ►

Weihnachtsansprache über die Toten von Lampedusa sind scheinheilig, es gibt konkrete Täter! Die Regierenden in der EU selbst sind wesentlich verantwortlich für die Toten an den Außengrenzen der EU.

tares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. « Gut, dass zumindest Die Linke ein Verbot des Rüstungsexports und das Verbot der

AFRICOM, von dem aus u. a. Drohneinsätze in Somalia koordiniert werden. Wichtig ist auch das »Combined Air and Space Operation Center« in Ramstein. In Stuttgart (-Vaihingen) befinden sich auch das EUCOM und dort das Europabüro der NSA (!). Das wurde bisher zu wenig thematisiert. Der Dagger-Komplex in Darmstadt-Griesheim und neu das Gelände in Wiesbaden sind bzgl. NSA ebenfalls zu nennen. Die NSA hat dem BND geholfen, eigene Abhöreinrichtungen wie in Bad Aibling und Rheinhausen (beim Europapark Rust) aufzubauen. Wer das Abhören der NSA (und des BND !) falsch findet, muss die (meist militärischen) Einrichtungen dazu benennen, und deren Auflösung fordern! Die Forderung nach Auflösung aller Geheimdienste – auch des BND, MAD und aller Verfassungsschutzämter ist und bleibt richtig und wichtig für 2014! Geheimdienste sind demokratiegefährdend.

Karls Liebknecht betonte die besondere Bedeutung des Antimilitarismus, den er als untrennbaren und zentralen Bestandteil des Antikapitalismus erachtete: »Wir sind Antimilitaristen als Antikapitalisten.« Die Zustimmung zu Kriegseinsätzen war schon im ersten Weltkrieg der entscheidende Grund für den Bruch in der Sozialdemokratie und für die Gründung von USPD, Spartakusbund und KPD. Auch heute gilt: Wer sich für Kriegs- oder Militäreinsätze ausspricht, kann nicht glaubhaft für sich reklamieren, politisch links zu stehen. ■



Hausfassade am Bendler-Block in Berlin: Charme-Offensive der Bundeswehr

Foto: Barbara Fuchs

Was die Anschaffung von Kampfdrohnen angeht, will die Regierung mit ihren europäischen Verbündeten kooperieren und »schnell ein gemeinsames Regelwerk für ihre Zulassung und Teilnahme am europäischen Luftverkehr« schaffen. Eine EU-Drohne genießt offensichtlich laut Koalitionsvertrag Priorität gegenüber dem Kauf von israelischen oder US-Drohnen. Die Positionierung ist zwar verklausuliert, aber nichtsdestotrotz eindeutig. Die Anschaffung von Killerdrohnen in der »europäischen« Variante ist geplant. Der EU-Gipfel Ende Dezember hat dazu grünes Licht gegeben. Die Kampagne gegen die »Etablierung einer Drohnentechnologie zur Kriegsführung, Überwachung und Unterdrückung« ist für 2014 absolut zentral. Es darf zu keiner Anschaffung von Killerdrohnen der Bundeswehr kommen.

Der Skandal um den Euro Hawk zeigt: Das Beschaffungswesen der Bundeswehr ist ein regelrechter Augiasstall. Ihn auszumisten, ist an der Zeit. Die Opposition innerhalb und außerhalb des Parlaments kann hier ansetzen. Im Koalitionsvertrag heißt es: »Deutschland hat ein elemen-

Rüstungsproduktion (und die Konversion der betroffenen Betriebe) fordert. Das Kriegsjubiläumsgeschäft gibt Anlass, die Orte der Herstellung von Maschinen des Todes konkret zu benennen und zu attackieren..

Der Krieg beginnt hier

Genauso müssen alle Orte, wo die Bundeswehr Kriege übt und vorbereitet (speziell das Gefechtsübungszentrum in der Colblitz-Letzlinger Heide), benannt werden. Der Krieg beginnt hier. Der Krieg und seine technische und ideologische Vorbereitung müssen vor Ort thematisiert und verunmöglicht werden. Dies bezieht sich einerseits auf alle entsprechenden Bundeswehrliegenschaften (speziell z.B. die Übungsplätze z.B. in Ohrdruf oder Senne, das Kommando Spezialkräfte in Calw und das Einsatzführungszentrum in Potsdam-Geltow). Andererseits müssen die Militärbasen der USA und Großbritanniens in den Fokus der politischen Auseinandersetzung rücken. Sie müssen geschlossen werden! Erste Aktionen dazu gibt es gegen das in Stuttgart (-Möhringen) befindliche



Karikatur: Bernd Bücking

Europas Rüstungsgipfel

Tobias Pflüger: Wie trotz Wirtschafts- und Finanzkrise aufgerüstet wird

Erstmals seit 2008 befassten sich die Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat am 19./20. Dezember 2013 wieder mit dem Schwerpunkt EU-Militarisierung (im Sprachjargon »Sicherheit und Verteidigung«). Die überaus ambitionierte Agenda wird auf der Ratshomepage folgendermaßen beschrieben: »In der heutigen, im Wandel begriffenen Welt muss Europa bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit eine größere Rolle übernehmen. Die EU trägt durch ihre Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zum internationalen Krisenmanagement bei. Europa sollte über Fähigkeiten verfügen, die den künftigen Anforderungen entsprechen. Gleichzeitig ist es angesichts der derzeitigen finanziellen Engpässe noch dringender geboten, dass die europäischen Staaten bei der Entwicklung ihrer militärischen Fähigkeiten eng zusammenarbeiten.«

Im Kern ging es bei dem EU-Gipfeltreffen also darum, wie angesichts der finanziellen Engpässe infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise dennoch die militärischen Kapazitäten ausgebaut werden können, die für die Verwirklichung der EU-Weltmachtambitionen als notwendig erachtet werden. Im Vorfeld war die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton damit beauftragt worden, hierfür einen Vorschlagskatalog zu erarbeiten. Er wurde in mehreren Durchläufen sowohl von den Mitgliedstaaten als auch von der Brüsseler Bürokratie diskutiert und ergänzt und schließlich am 15. Oktober unter dem Titel »Preparing the December 2013 European Council on Security and Defence« veröffentlicht. Wie die folgende Auswertung dieses Papiers zeigen soll, hat sie damit dem Rat eine ebenso umfassende wie gefährliche Militarisierungs-Agenda zur Abstimmung vorgelegt.

Neues militärisches Anforderungsprofil

Catherine Ashton sieht Gefahren aus buchstäblich allen thematischen und geographischen Richtungen auf die Europäische Union zukommen: Konkret benennt sie die bereits »länger existierenden« Bedrohungen durch eine Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln (Proliferati-



Foto: PEACE

on), Terrorismus, gescheiterten Staaten, regionalen Konflikten und »Organisierter Kriminalität«. Hinzu kämen »neue Sicherheitsbedrohungen«, etwa Cyberangriffe und die Auswirkungen des Klimawandels, aber auch »zunehmende Konflikte um Energie, Wasser und andere Ressourcen.« Dies alles erfordere, dass die Europäische Union als »Sicherheitsdienstleister« (security provider) in ihrer Nachbarschaft und bei den »Nachbarn der Nachbarn« agieren müsse, »einschließlich durch direkte militärische Interventionen.«

Für solche »Nachbarschaftsinterventionen« gelte es, die entsprechenden militärischen Fähigkeiten auszubauen: »Was die rasche militärische Einsatzfähigkeit anbelangt, ist der Bedarf nach hochgradig leistungsfähigen und interoperablen Truppen, die kurzfristig zur Verfügung stehen, so groß wie noch nie.« Dabei seien die EU-Kampftruppen (Battle Groups) Einheiten, die innerhalb kürzester Zeit für Militärinterventionen herangezogen werden können, weiter das »militärische Flaggschiff«. Allerdings gelte es, deren »Einsatzfähigkeit zu verbessern«. Um »Defizite zu identifizieren und den künftigen Kapazitätsbedarf abzustecken«, werde aktuell der Kapazitätsentwicklungsplan (CDP) überarbeitet. Ferner bedürfe es einer Aktualisierung des Militärischen Planziels (Headline Goal), das Zielgrößen formuliert und des Kräftecatalogs (Force

Catalogue), der diese nach Ländern und Einheiten aufschlüsselt.

Neue Rüstungsprojekte

Vor allem vom Ausbau der europaweiten Rüstungskoooperation durch die gemeinsame Anschaffung und Nutzung von Militärgüter (Pooling & Sharing) verspricht sich Ashton »Effizienzsteigerungen« für eine »Verbesserung« der militärischen Fähigkeiten: »Die Zusammenarbeit erlaubt den Mitgliedsstaaten Kapazitäten gemeinsam zu entwickeln, anzuschaffen, zu warten und zu verwenden und dabei den größtmöglichen Nutzen aus Skaleneffekten zu ziehen und so die militärische Effektivität zu vergrößern. ... Es bedarf eines starken Impulses auf Ebene des Europäischen Rates, um Pooling & Sharing sowohl in der Verteidigungsplanung und im Entscheidungsprozess der Mitgliedsstaaten zu verankern als auch um Schlüsselkapazitäten durch große Kooperationsprojekte bereitzustellen.«

Ein Kollateralschaden der europaweiten Rüstungskoooperation zeichnet sich bereits ab: Da gesichert werden soll, dass Staaten auf »gepoolte« Kapazitäten zurückgreifen können, sofern sie sich zu einer Militärintervention entschlossen haben, sucht die Schwarz-Rote Bundesregierung nun nach Wegen, diesen Bereich vom Parlamentsvorbehalt auszunehmen. ►

Eines der wesentlichen »großen Kooperationsprojekte«, die von Ashton vorgeschlagen werden, ist die Entwicklung einer EU-Drohne (Remotely Piloted Aircraft Systems, RPAS). Geld hierfür soll unter anderem aus dem kommenden EU-Forschungshaushalt für die Jahre 2014 bis 2020 (Horizon 2020) locker gemacht werden. Auch hier deckt sich die EU-Agenda mit den Bestimmungen aus dem Schwarz-Roten Koalitionsvertrag: »Die Koalition wird eine europäische Entwicklung für unbemannte Luftfahrzeuge voranbringen.«

Neue Finanzierungsoptionen

Auch wenn die EU-Rüstungsausgaben in keiner Weise einbrechen, wie uns Politik, Industrie und Militär versuchen einzureden, ist die Finanzierung dieser militärischen Wunschlisten angesichts der knappen Kassen in allen Mitgliedsländern eine überaus heikle und umstrittene Angelegenheit. Bislang lassen sich z. B. nur kleine Teile der Ausgaben eines EU-Militäreinsatzes aus einem gemeinsamen Haushalt (ATHENA) finanzieren, in den alle Mitgliedsstaaten nach einem festen Schlüssel einzahlen. Den Löwenanteil müssen diejenigen bezahlen, die die Kriege auch mit ihren Truppen führen (»costs lie where they fall«). Vielfach wurde hier beklagt, dies trage nicht gerade zur Ermunterung bei, sich an EU-Militär- und Kriegseinsätzen zu beteiligen, weshalb Ashton forderte: »Auch wenn dies sensible Themen sind, mit Fragen der Kostenteilung und gemeinsamen Finanzierung muss sich befasst werden, möchte man die Beteiligung der Mitgliedsstaaten fördern.« Mit dem »Anschubfonds« wurde bereits mit dem Vertrag von Lissabon die

Möglichkeit geschaffen, künftig eine Art EU-Rüstungshaushalt aufzustellen – bis zu diesem Zeitpunkt war die Finanzierung von militärrelevanten Aspekten aus dem EU-Haushalt im Prinzip verboten. Allerdings scheinen eine Reihe von Ländern wenig Begeisterung zu verspüren, in einen solchen EU-Militärhaushalt einzuzahlen, was Ashton ausdrücklich bedauert: »Es gibt ein riesiges ungenutztes Potenzial des Vertrags von Lissabon mit Blick auf die schnelle Verlegefähigkeit. Der Vertrag erlaubt es, einen Anschubfonds aus Beiträgen der Mitgliedsstaaten einzurichten, aus dem Aufgaben der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik finanziert werden, die nicht aus dem EU-Haushalt bezahlt werden können. Allerdings gibt es bislang noch keinen Konsens, solch einen Fonds aufzustellen.« Aus diesem Grund mahnte Ashton an, die Frage der gemeinsamen Finanzierung müsse verstärkt aufs Tapet gebracht werden und sie schlug vor, die Liste bereits heute finanzierbarer Maßnahmen deutlich auszuweiten.

Neue Militärpropaganda

Während die einzelnen Mitgliedsländer zwar an größeren militärischen Fähigkeiten hochinteressiert sind, angesichts ihrer knappen Kassenlage aber bestrebt sind, selbst möglichst wenig finanzielle Mittel hierfür aufbringen zu müssen, bringen ihre jeweiligen Bevölkerungen hierfür noch weniger Begeisterung auf. Angesichts des europaweiten Kahlschlags bei den Sozialausgaben sind substanzielle Steigerungen der Militärbudgets auf absehbare Zeit kaum zu bewerkstelligen. Selbst um die Haushalte auf dem – hohen – Niveau zu stabilisieren, dürfte es einiger

Anstrengungen bedürfen. Und wie es im Kapitalismus nun einmal so ist, wenn jemand ein schlechtes Produkt verkaufen will, an dem niemand Interesse hat, muss er mehr in Werbung investieren, um es an den Mann respektive die Frau zu bringen. Zu diesem Zweck betonte Ashton schon im März 2013: »Aus meiner Warte ist der Sicherheits- und Verteidigungssektor aus drei Gründen notwendig: Erstens, um die Umsetzung der europäischen Ambitionen auf globaler Ebene zu gewährleisten. Das zweite Argument ist operativer Natur: Um zu gewährleisten, dass Europa über die richtigen militärischen Fähigkeiten verfügt, um handlungsfähig zu sein. Und der dritte Grund ist ökonomischer Natur: hier geht es um Arbeitsplätze, Innovationen und Wachstum.« Kurz gesagt argumentiert die EU-Außenbeauftragte also, das Militär sei nicht nur für die machtpolitischen Ambitionen und die Durchführung von Kriegseinsätzen von Vorteil, sondern auch ein binnenwirtschaftlicher Segen.

Nun weiß Ashton selbst, dass diese Behauptungen Quatsch sind; und weil dies auch die Mehrheit der EU-Bürger so sehen dürfte, kündigte sie in ihrem Papier zum EU-Ratsgipfel eine »Attraktivitätsoffensive« an:

»Es ist wichtig der Öffentlichkeit zu kommunizieren, dass Fragen der Sicherheit und Verteidigung heute von Bedeutung sind und sie für ihren künftigen Wohlstand wichtig sein werden, auch wenn unsere Bürger nicht notwendigerweise immer eine unmittelbare äußere Gefahr sehen müssen. Die Staats- und Regierungschefs sind genau die richtigen, um diese Botschaft einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln und wir sollten diese Gelegenheit nicht verpassen.«

64. Berliner Friedensgespräch

Was ist linke Friedenspolitik 2013 und 2014?

Der Deutsche Friedensrat lud am 7. August, wenige Wochen vor der Bundestagswahl, zum 64. Berliner Friedensgespräch in die Inselgalerie ein. Tobias Pflüger gab als Experte von der Informationsstelle Militarisierung (Tübingen) einen Überblick über die EU-Militarisierung und über die neue Kriegsführung der Bundeswehr. Vom Kosovo über Somalia bis Afghanistan und

neuerdings in der Türkei und Mali ist die Bundeswehr im Militär- und Kriegs-Einsatz. In der Colbitz-Letzlinger Heide übt sie in gigantischer Trainingskulisse Aufstandsbekämpfung, Häuserkampf und »inneren Notstand«.

In der Diskussion wurde über die zunehmende Militarisierung in unserer Gesellschaft gesprochen und Anforderungen an

linke Friedenspolitik herausgearbeitet, so u. a.: keine Auslandseinsätze der Bundeswehr, Bundeswehr raus aus den Schulen und Hochschulen, statt Rüstungsproduktion Konversion der Produktionsbetriebe, keine Rüstungsexporte. Die NATO ist ein Kriegs Bündnis, Deutschland sollte die Mitgliedschaft kündigen.

Der weltweite Kampf gegen ausländische Militärstützpunkte sollte auch in Deutschland stattfinden: das NATO-Truppenstatut ist zu kündigen, die Militärbasen sind zu schließen und die militärische Kooperation auf den US-Atomwaffenstützpunkten ist zu beenden.

Working Meeting for Drones

Internationales Vernetzungstreffen von Drohnen-Kriegsgegnern in Berlin



Einen Tag nach dem verheerenden Drohnenangriff auf eine Hochzeitsgesellschaft in Jemen, bei dem 15 Menschen getötet wurden, übergeben die Friedensaktivistinnen von Code Pink Medea Benjamin (l.) und Elsa Rassbach einen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel. Darin fordern sie sie auf, sich dringend für Maßnahmen gegen den Einsatz von Kampf- und Überwachungsdrohnen einzusetzen. Foto: Barbara Fuchs

Der Einsatz von Drohnen im sogenannten »Krieg gegen den Terror« hat zu einer verheerenden Entwicklung geführt. Das Völkerrecht wird beiseite gekehrt. Die »Schlachtfelder« werden bis weit hinein in die Zivilgesellschaften ausgedehnt. Israel führt gezielte Tötungen in den palästinensischen Autonomiegebieten durch. Die US-Armee setzte in Afghanistan, im Irak und in Libyen massenhaft Drohnen zur Tötung von Menschen ein. Die Briten sind seit 2008 mit Drohneinsätzen in Afghanistan dabei. Mindestens 4.000 Menschen wurden durch US-Drohnen außerhalb anerkannter Kriegsgebiete – in Pakistan, Jemen und Somalia – getötet. Drohnenangriffe verletzen internationales Recht und sind Angriffe auf die Menschenrechte.

»Deutschland kommt im Drohnenkrieg der USA eine Schlüsselrolle zu«, sagte die bekannte US-Drohnen-Expertin Me-

dea Benjamin von Code Pink, die im Dezember Gespräche mit Abgeordneten der SPD, der Grünen und der Linken im Bundestag führte.

Medea Benjamin appellierte an die deutsche Regierung, mit den Stützpunkten des US-Militärs und der CIA in Stuttgart und in Ramstein den USA nicht länger Beihilfe für illegale Tötungen zu geben. Denn diese Stützpunkte spielten eine unerlässliche Rolle bei jedem US-Drohnenanschlag im Mittleren Osten und in Afrika. Die Bundesregierung solle sich gegen die US-Drohnenangriffe aussprechen, auf die Anschaffung bewaffneter Drohnen verzichten und ein Verbot dieser Waffen auf internationaler Ebene vorschlagen. Medea Benjamin beteiligte sich an einer Demonstration vor dem US AFRICOM Kommando in Stuttgart, von dem aus Drohnenflüge nach Afrika starten.

Die Kampagne gegen die Etablierung von Drohnentechnologie für Krieg, Überwachung und Unterdrückung, die im März letzten Jahres in Deutschland begann, wird inzwischen von 141 Organisationen (auch von dem Deutschen Friedensrat) unterstützt. Zu dem Appell »Keine Kampf-drohnen!« werden landesweit Unterschriften gesammelt.

Am 12. Dezember fand auf Einladung von Code Pink – Women for Peace, der Aktivistin der Drohnen-Kampagne Deutschland, der Berliner Friedenskoordination, des International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility (INES) und der Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA) in Berlin ein Treffen zur internationalen Vernetzung des Widerstands gegen den Drohnenkrieg statt. Daran nahmen mehr als 30 FriedensaktivistInnen aus zehn Ländern teil. Sie berichteten über die Situation in ihren Ländern, Rüstungsprogramme und -kooperationen. Bewegend waren die Schilderungen aus Pakistan. Unschuldige Männer, Frauen und Kinder werden durch Drohnen getötet, verwundet, traumatisiert. Immer mehr Menschen sind zum Widerstand bereit. Den Aktionen der oppositionellen Gerechtigkeitspartei (PTI) zur Blockade von NATO-Transporten haben sich viele Tausende angeschlossen. Die Teilnehmer berichteten über die Situation in ihren Ländern.

Nach intensiven Debatten wurde im Konsens die Erklärung »Bewaffnete Drohnen ächten« verabschiedet. Die TeilnehmerInnen kritisierten das Vorhaben des Europäischen Rates, ein europäisches Entwicklungsprojekt für Drohnen zu bewilligen. Sie begrüßten die Diskussion in Deutschland – die die Anschaffung einer bewaffneten Drohne für die Bundeswehr vorerst in Frage gestellt hat – als einen ersten Erfolg der Drohnen-Kampagne. Auch in Italien, Frankreich und den Niederlanden stehen in Kürze Entscheidungen über die Anschaffung von bewaffneten Drohnen an, die durch Widerstand in der Bevölkerung verhindert werden könnten. Für den 4. Oktober 2014 wurde ein globaler Aktionstag gegen bewaffnete Drohnen und gezielte Tötungen verabredet. Auch eine internationale Drohnen-Konferenz wird für 2014 vorbereitet. Barbara Fuchs

Unser Ziel: europäische Antidrohnen-Kampagne

Interview mit Thomas Kachel, Die Linke

Was sind Deine ersten Eindrücke von diesem Treffen?

Es ist ein sehr ermutigendes Zeichen, dass etwa 30 Leute aus Europa und auch Gäste aus Pakistan und den USA nach Berlin gekommen sind, um sich hier über den Stand der Aktivitäten gegen Drohnen und Drohnenkriegsführung in Europa zu informieren.

Welches Ziel hat das Treffen?

Ich denke, es geht genau darum, all diese Initiativen zusammenzuführen. Wir sind noch sehr am Anfang. Deshalb ist es gut, sich erst einmal kennenzulernen und sich darüber auszutauschen, welche Aktivitäten es in welchen Ländern gibt. Im nächsten Schritt können wir uns dann zusammenfinden, um auf europäischem Level eine Koordination zu erreichen und uns mit dem neuen europäischen Drohnenprojekt auseinander setzen, das auf dem Wunschzettel der europäischen Mächte steht. Das wird ein sehr wichtiger Punkt der Auseinandersetzung für uns alle sein. Ich glaube, das Projekt der europäischen Drohne kommt aus zwei Gründen zustande. Zum Ersten, weil verschiedene europäische Regierungen sehen, dass sie so ein komplexes technologisches Projekt allein überfordert. Auch Deutschland wird das nicht allein stemmen. Und deshalb sucht man sich Partner. Der zweite Vorteil, der sich für die europäischen Regierungen ergibt, ist der, dass man ein solches Projekt im nebulösen europäischen Äther stationieren kann, wo kein nationales Parlament wirklich Kontrollrechte hat. Die Rechte des europäischen Parlaments sind im Sektor Verteidigung überhaupt nicht ausgeprägt. Hier gibt es einen Freiraum, der nicht parlamentarisch kontrolliert werden kann. Hier können am ehesten Milliarden verbraten und das internationale Recht beiseite gekehrt werden. Deswegen ist der Aufbau einer europäischen Antidrohnen-Kampagne unser längerfristiges Ziel.

Und was sagst Du zu Deutschland und dem ausgehandelten Koalitionsvertrag?

Ich denke, dass man sich im Koalitionsvertrag eine Hintertür sperrangelweit offen gelassen hat. Sicherlich ist zu konzedieren, dass im Koalitionsvertrag zum ersten Mal verankert ist, dass eine Waffenart entwickelt und diese dann nur in Beachtung

des internationalen Rechts angewendet wird.

Das ist ja an sich schon eine positive Aussage...

Ja, bloß die erste Frage ist: Wird das dann auch so gemacht oder was sind die Definitionen? Was versteht man unter internationalem Recht? Die USA pochen ja darauf, dass ihr Recht auf Selbstverteidigung, un-



Thomas Kachel, Sicherheitspolitischer Referent der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag

Foto: Jean-Theo Jost

ter dem sie seit zwölf Jahren den »Krieg gegen den Terror« führen, auch internationales Recht sei. Schon in solchen Fragen gibt es die erste Hintertür. Noch schlimmer wird es beim Problem der Anschaffung von bewaffneten Drohnen. Dort wird nämlich überhaupt keine Aussage getroffen. Die SPD hat vor der Wahl Stimmen geholt, indem der sozialdemokratische Kanzlerkandidat eindeutig erklärt hat, Kampfdrohnen sind für die SPD keine Option. Daraus ist jetzt eine Nichtaussage geworden. Ob die Bundesregierung in den nächsten vier Jahren Kampfdrohnen anschaffen will oder nicht, steht in diesem Koalitionsvertrag nicht drin. Wenn die SPD ehrlich gewesen wäre und sich an ihre Wahlversprechen gehalten hätte, dann hätte sie den Satz im Koalitionsvertrag verankert: Diese Regierung wird keine Kampfdrohnen anschaffen. Dieser Satz ist nicht im Vertrag enthalten, und damit ist zumindest auch hier die Hintertür vollkommen offen für die Anschaffung von bewaffneten Drohnen.

Bei vielen zieht das Argument, es ginge um Abwehr des Terrorismus.

Die USA führen diesen »Krieg gegen den Terror« seit 2001 unter der Maßgabe, dass die UN-Resolution 1376 ihnen das Recht auf Selbstverteidigung gewährt und dies beinhaltet auch offensive Aggressionen außerhalb des Gebiets der USA. Das ist eine Pervertierung des internationalen Rechts. Wer das akzeptiert, steht außerhalb des internationalen Rechts. Wer Krieg gegen den Terror führen will, kann ihn nicht gewinnen. Mit Krieg kann man Terror nicht bekämpfen. Das ist eine Unmöglichkeit. Wenn man den Kampf gegen den Terror erfolgreich gestalten will, dann muss man die darunter liegenden internationalen Ursachen angehen, die zur Entstehung von Terrorismus führen. Davon ist aber bei keinem der Leute, die jetzt in westlichen Ländern am Ruder sind, die Rede.

Davon sprachen auch die Gäste aus Pakistan.

Das ist eine interessante Entwicklung. Wir haben nicht nur europäische Gäste hier, sondern auch Abgesandte der PTI (Pakistan Tehreek-e-Insaf). Das ist die pakistanische Volkspartei, die unter Führung von Imran Kahn seit Jahren eine Protestkampagne innerhalb von Pakistan gegen die Drohneinsätze führt. Es ist ein Zeichen dafür, dass auch die Bevölkerung der Länder des Südens, bei denen die Drohnenkriegseinsätze stattfinden, immer kritischer werden und sich zur Wehr setzen. So hat die PTI jetzt eine Blockade der Straßen, auf denen die ISAF in Afghanistan ihren Nachschub erhalten, mitorganisiert. Tausende Menschen haben sich daran beteiligt. Daran sieht man, dass es eine Dynamik innerhalb der Anti-Drohnenbewegung gibt und durchaus etwas erreicht werden kann.

Interview: Barbara Fuchs

Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema Drohnenkrieg mit Medea Benjamin am 10. Dezember im Grünen Salon der Volksbühne wurde von Thomas Kachel moderiert.

<http://www.rosalux.de/documentation/49715/drone-warfare-origins-consequences-and-the-worldwide-resistance-to-it.html>

Videoaufzeichnung deutsch/englisch.

Syrien – es wird verhandelt!

Frauen voran zum Friedensgipfel (Genf II)

Nach Schätzungen von internationalen Organisationen sind bei dem Krieg in Syrien, der im März 2011 begonnen hat, bisher über 130.000 Menschen ums Leben gekommen und mehr als 2,4 Millionen Menschen aus dem Land geflüchtet. Seit dem 22. Januar wird nun in Genf verhandelt.

Aufruf von Code Pink, USA

Code Pink und eine Koalition von Frauengruppen haben die Initiative „Frauen führen zum Frieden« gestartet. Als globale Allianz von Frauen und männlichen Verbündeten fordern sie eine sofortige Waffenruhe in Syrien, ein Waffenembargo, mehr humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge und Vertriebene und die volle Beteiligung



Foto: Code Pink

von Frauen bei den Friedensverhandlungen. Die Gruppe mobilisiert zum Friedensgipfel in Montreux vom 20.-22. Januar.

Bücher, Links und Videos zum Drohnenkrieg



Peter Strutynski (Herausgeber): Töten per Fernbedienung Kampfdrohnen im weltweiten Schattenkrieg

Promedia Verlag, ISBN: 978-3-85371-366-2, 14,90 Euro

Mit Beiträgen von

Jürgen Altmann, Norman Paech, Ralf E. Streibl, Franz Sölkner, Hans-Arthur Marsiske, Knut Mellenthin, Lühr Henken u. a.

Annette Groth, Dr. Kirsten Jansen, Wiebke Diehl: »Gezielte Tötungen« – Lizenz zum Mord? Todeslisten – Killerdrohnen – Entgrenzte Kriegsführung

2013 Die Linke im Bundestag, kostenlose Broschüre.

Im Internet zu lesen unter www.annette-groth.de

Die Fraktion Die Linke hat als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag kontinuierlich Aktivitäten gegen den Einsatz und die



Beschaffung von Kampfdrohnen durchgeführt. Mit einer Liste von Aktivitäten der Fraktion Die Linke zum Einsatz von Kampfdrohnen.

<http://www.imi-online.de/> »FAQ Drohnen – Kriege«

(u. a. FAQ 4: Kampf-Drohnen für Deutschland? Was den Drohnen-Befürwortern entgegengekommen werden kann! FAQ 5: Quellen zum Thema Drohnen & Krieg)

Zusammenstellung wichtigster Daten, Fakten und Argumente rund um das Thema Drohnen und Krieg mit Grafiken, Tabellen und Karten.

Bestellungen an: material@dfg-vk

Drohnenforschungsatlas

Broschüre: IMI-Studie 2013/11 Informationsstelle Militarisierung IMI, 72 Seiten. <http://www.imi-online.de/>: 1 Exemplar 3,50 Euro.

Julián Vásquez, Lucas Wirl Not to war – No to NATO. December 2013

Drones – International Texts and Articles. unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

<http://drohnen-kampagne.de/>

Portal des Antidrohnen-Bündnisses in Deutschland

Ebenda: Drohnenangriffe in Waziristan, Pakistan, deutschsprachiges Video US-Drohnenkriege – Die Wunden von Waziristan

Medea Benjamin: Drohnenkrieg – Tod aus heiterem Himmel

Laika-Verlag, 2013, ISBN: 978-3-944233-05-5

Die neueste Waffe der Rüstungsindustrie verspricht nicht nur Milliardengewinne, sie wird auch militärische Auseinandersetzungen zwischen Staaten und die sogenannte Aufstandsbekämpfung fundamental verändern.



Angepriesen als zielgenaue Waffe gegen »Terroristen«,

zeigt der Einsatz von Drohnen in Afghanistan, Pakistan, dem Irak und auch in Gaza und den von Israel besetzten Gebieten, dass auch diese Waffe nicht zwischen vermeintlichem Gegner und unschuldigen Zivilisten unterscheidet – bis heute starben rund viertausend Menschen bei Drohneinsätzen, die vorgeblich der »Ausschaltung« von Einzeltätern galten.

20 Jahre Friedenspolitischer Ratschlag

Peter Strutynski: Keine Bilanz, sondern eine Ermutigung

Am 7. und 8. Dezember fand der 20. Friedenspolitische Ratschlag an der Universität Kassel statt, zu dem 350 Menschen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz kamen. Er stand diesmal unter dem Motto »100 Jahre Weltkriege – 100 Jahre Friedensbewegung: Umbrüche und Kontinuität«. Wir veröffentlichen Auszüge aus dem Eröffnungsvortrag von Peter Strutynski, Sprecher des Bundesausschuss-Friedensratschlag.

Wer zu unserem Jubiläum, dem runden 20. Friedenspolitischen Ratschlag, von mir eine Bilanz oder einen Rückblick erwartet, wird enttäuscht werden. Dabei gäbe es tatsächlich einiges zu erzählen darüber, wie wir uns an dieses Projekt vor knapp 20 Jahren herangetastet hatten. Das waren damals ein bis zwei Dutzend Friedensaktivisten, die nach dem Ende des Kalten Krieges und der Bipolarität das Bedürfnis hatten, die Friedensbewegung aus der lokalen und regionalen Vereinzelung, in die sie nach den großen Massenaktionen der frühen 80er Jahre versunken war, wieder herauszuholen und einen bundesweiten Diskussions- und Austauschprozess zu initiieren. Niemand hätte sich damals träumen lassen, dass sich aus dem zaghaften Beginn im Dezember 1994 eine lebendige Diskussionskultur entwickeln würde, welche der Friedensbewegung in diesem Land bis heute ihren Stempel aufgedrückt hat. Das Einzigartige an unserem Projekt bestand darin, dass wir diese jährlichen Treffen nicht nur als praxisorientierte Aktionsberatungen organisieren wollten, sondern als Schnittstelle von Friedenswissenschaft, Politik und Friedensbewegung.

Es wäre in einer Bilanz auch zu erwähnen, dass die Friedensratschläge jeweils ein Produkt intellektueller Anstrengung sind, was sich u.a. niederschlägt in unserer Zeitung, dem FriedensJournal oder in den Kasseler Schriften zur Friedenspolitik, dessen 20. Band vor wenigen Tagen erschienen ist. Er trägt im Titel das Motto des letztjährigen Kongresses: »Die Rückkehr des Krieges in die Politik« und enthält eine Reihe von Vorträgen, etwa den von Eugen Drewermann, welche vor einem Jahr die Teilnehmerinnen und Teilnehmer derart gefesselt haben, dass ich Sorge habe, dass die Exemplare, die auf unserem Büchertisch angeboten werden, nicht ausreichen werden (Hg. Strutynski).

Selbstverständlich: Wir hatten günstige Bedingungen für diesen Prozess, weil wir die Ressourcen der Hochschule nutzen konnten und gleichzeitig durch unsere Verbindung mit der außeruniversitären Bewegung daran gehindert wurden, uns im akademischen Elfenbeinturm einzunisten und – wie es heute in der Politikwissenschaft und leider auch in der Friedensforschung wieder gang und gäbe ist – blutleeres L'art pour l'art zu betreiben.



Peter Strutynski

Foto: lifohamm

...In einer Bilanz des Friedenspolitischen Ratschlags dürfte auch nicht der Hinweis darauf fehlen, dass- ganz im Sinne Bourdieus, der in seinem letzten öffentlichen Vortrag 2002 die seiner Meinung nach »verhängnisvolle« Dichotomie von scholarship und commitment kritisierte – jede Menge Impulse für die Friedensbewegung ausgegangen sind. Für uns Organisatoren war es immer eine ganz besondere Anerkennung unserer Arbeit, wenn Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Ende des Kongresses sich dafür bedankt haben, dass sie ihren friedenspolitischen Akku wieder aufladen konnten und mit neuer Energie in die Arbeit ihrer Friedensinitiative zurückkehren würden.

Wollte jemand unser Wirken der letzten 20 Jahre bilanzieren, dann würde er auch den Beitrag erwähnen, den der Bundesausschuss Friedensratschlag – sozusagen der politische Arm der AG Friedensforschung – in der sehr weit verzweigten, bunten und eigensinnigen Friedensbe-

wegung geleistet hat. Wir haben uns bei aller Bescheidenheit als Stichwortgeber für die eine oder andere Kampagne und als Partner bei so mancher gemeinsamen bundesweiten Aktion bewährt.

Vielleicht wäre auch erwähnenswert, welche Entwicklung die Website der AG Friedensforschung genommen hat, seit sie vor 13 Jahren sich in die digitale Welt hinausgetraut hat. Ihre Wirkung ist nicht nur nach den millionenfachen Zugriffen, die wir pro Monat zu verzeichnen haben, zu bemessen. Die zahlreichen Zuschriften und Anfragen von Schülern und Studierenden zeigen, wie hilfreich der Internetauftritt der AG Friedensforschung für deren intellektuellen Werdegang und ihre Prüfungsvorbereitungen sind.

Das Jahr 2013 war ein Jahr der Erinnerungen an große Zeiten der Friedensbewegung. Die Antiraketen-Demos des Jahres 1983 z. B., die Menschenmassen, die den Bonner Hofgarten überfluteten oder eine 100 km lange Menschenkette in Baden Württemberg bildeten. Das sind schon angenehme Erinnerungen. Sie werden aber dann zur puren Nostalgie, wenn sie in einem geschichtslosen Raum angesiedelt bleiben, der weder eine Vorgeschichte noch eine Fortsetzung hat. Wenn Journalisten heute so tun, als wäre die Friedensbewegung in den 80er Jahren erfunden worden und seither nicht mehr existent – wie oft haben sie die Friedensbewegung beerdigt! – dann vergessen sie die Kämpfe der 50er Jahre, als Millionen Menschen sich erfolglos zuerst gegen die Remilitarisierung gestemmt und später erfolgreich die atomare Bewaffnung der Bundeswehr abgewehrt haben. Sie lassen auch außer Acht, dass 1991, wenige Monate nach dem deutschen Einheitstaumel, so viele junge Menschen, Schüler und Studierende, spontan auf die Straße gegangen sind, Plätze, Rathäuser und Schulen besetzt haben, um ihre Empörung über den Zweiten Golfkrieg, den ersten sichtbaren Krieg ums Öl und gegen die Umwelt zum Ausdruck zu bringen. Und haben etwa auch wir vergessen, dass vor zehn Jahren, am 15. Februar 2003, die bis dahin größte weltweite Friedensmanifestation gegen den drohenden Irakkrieg stattgefunden hat? In Berlin kam damals eine Dreiviertelmillion Menschen zusammen um Nein zu sagen. ►

Zuflucht für Snowden – Whistleblower schützen!

Petition: »Schutz für Edward Snowden in Deutschland«

Durch Edward Snowden haben wir erfahren, in welchem gigantischen Ausmaß wir von Geheimdiensten ausspioniert werden. Auf der Flucht vor den US-Behörden hat Snowden Deutschland um Beistand gebeten.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Schützen Sie Edward Snowden durch eine vom Asylverfahren unabhängige Aufenthaltserlaubnis und mit einem Zeugnenschutzprogramm.

- Sorgen Sie dafür, dass Hinweisgeber in Deutschland durch ein Whistleblower-Gesetz besser abgesichert werden.

Wir brauchen Menschen wie Edward Snowden, um Verstöße gegen Bürgerrechte und Missstände bei den Geheimdiensten ans Licht zu bringen.

Die Petition »Schutz für Edward Snowden in Deutschland!« kann auf www.campact.de unterschrieben werden.



Foto: Getty

Es ließe sich nun einwenden: Was hat das alles gebracht? Die Atomraketen wurden seinerzeit gegen den Willen der Menschen stationiert, der Golfkrieg 1991 wurde geführt und die Koalition der Willigen fiel im März 2003 über den Irak her. Ist also alles vergebens? Bleiben der Friedensbewegung nur die nostalgischen Rückblicke auf bewegende Massenszenen, in der realen Politik aber nur die Niederlagen? Ich denke, so einfach darf man es sich nicht machen.

Die Aktivitäten der Friedensbewegung hinterlassen ja Spuren – jedenfalls über einen größeren Zeitraum. Bei den Demonstranten der 80er Jahre, bei den Jugendlichen, die 1991 gegen den Golfkrieg erwachten, bei den Massen, die am 15. Februar 2003 gegen den drohenden Irakkrieg Berlin »besetzten«, bei den Studierenden und Schüler/innen, die sich in den letzten zwei bis drei Jahren gegen die Bundeswehroffensive an den Bildungseinrichtungen zur Wehr zu setzen begannen.

Erlaubt mir in dem Zusammenhang ein Wort pro domo: Vor drei Tagen hat der Senat der Universität Kassel eine Zivilklausel verabschiedet. In die Präambel der Grundordnung wurde folgender Passus aufgenommen: »Forschung und Entwick-

lung, Lehre und Studium an der Universität Kassel sind ausschließlich friedlichen Zielen verpflichtet und sollen zivile Zwecke erfüllen; die Forschung, insbesondere die Entwicklung und Optimierung technischer Systeme, sowie Studium und Lehre sind auf eine zivile Verwendung ausgerichtet.«

Den Studierenden geht das nicht weit genug. Sie wollten vor allem die Offenlegung der Drittmittelforschung erreichen, denn nur mit Transparenz kann auch diese Selbstverpflichtung der Wissenschaftler/innen überprüft werden. Ich teile diese Kritik und sage dennoch: Ein erster Schritt ist getan. Die Hochschulöffentlichkeit muss wachsam bleiben und jeden Fall heimlicher Kriegsforschung skandalisieren.

... Bei all den vielen Menschen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten gegen Aufrüstung, Krieg und Militarismus aufgestanden sind, entwickelten sich Einsichten und Einstellungen, die sich mit dem jeweiligen Ende der Proteste ja nicht einfach wieder verflüchtigen. Diese Protestereignisse sind für die Teilnehmer zu wichtigen, in manchen Fällen vielleicht sogar zu entscheidenden politischen Sozialisationserfahrungen geworden. Hier lagern sich über die Jahre und Jahrzehnte Schichten von spezifischen Einstellungen

und Haltungen ab, akkumulieren sich friedenspolitische Orientierungen. Solche Lernprozesse haben zwar noch nicht die Republik insgesamt verändert, wohl aber die Mentalität großer Teile der Bevölkerung. ... ■

In eigener Sache

Liebe Leserinnen, liebe Leser, wir bitten um Entschuldigung, dass es nicht gelungen ist, den Pax Report termingerecht und so regelmäßig wie in früheren Jahren herauszubringen. Die redaktionelle Arbeit erfolgt ehrenamtlich und noch fehlt es an Routine. Wir freuen uns über Ihr Echo und Ihre Unterstützung. Ermutigung gab es nach der Nummer 1/2013 vom langjährigen Pax-Report-Macher Hans-Peter Laubenthal:

»Ich gratuliere zu der schönen Ausgabe des Pax Report. Das Layout ist sehr ansprechend modernisiert. Auch der Inhalt ist interessant. Weiter so!«

Die Redaktion

Impulse von Anna Seghers und Bertolt Brecht

Bärbel Schindler-Saefkow: Die Friedensbewegung in der DDR

Auf einer Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg zum Thema »Friedensbewegung in Deutschland aus zeit-historischer Sicht« am 8. November 2013 sprach Dr. Bärbel Schindler-Saefkow über die Ernsthaftigkeit von Intellektuellen und Künstlern bei der Verteidigung des Friedens und über das Zusammenwirken von Staat, Partei und gesellschaftlichen Organisationen. Wir veröffentlichen Auszüge.

Der Ausgangspunkt für die Entstehung einer Nachkriegsfriedensbewegung war in Ost und West sehr ähnlich. Jedoch im Osten lebten jene Menschen, die quasi flächendeckend die grausamen Folgen des Krieges am eigenen Leibe erlebt hatten. Auch Reparationszahlungen für die

ne Massenbewegung im Land. Im Zusammenhang mit der Unterschriftensammlung zum Stockholmer Appell, der die Ächtung der Atomwaffen zum Inhalt hatte, wurden nicht nur weltweit Millionen Unterschriften gesammelt, auch in der DDR bildeten sich in diesem Zusammenhang Friedenskomitees auf den verschiedensten Ebenen. In zahlreichen Archiven und Museen finden sich heute viele Dokumente, die darüber berichten, wie in Schulkomitees, Hausfriedenskomitees, Betriebskomitees Menschen zusammenkamen, die über Krieg und Frieden diskutierten. Im Verlauf des Jahres 1950 entstanden Zehntausende solcher Komitees in Städten und Dörfern mit Menschen unterschiedlichen Alters,

Der Friedensrat der DDR hatte internationale Kontakte auf allen Kontinenten, zu Ländern und Einzelorganisationen und Persönlichkeiten verschiedenster politischer Art. Der Kontakt zur Bevölkerung blieb über die Vertreter der Massenorganisationen in dem Komitee erhalten. Das waren der Jugendverband, die Gewerkschaften, Vertreter aus dem Kulturbund der DDR – der sozusagen die Wiege der neuen Weltfriedensbewegung nach dem zweiten Weltkrieg war. Nicht nur bekannte Schriftsteller waren vertreten, auch Naturwissenschaftler, wie Prof. Walter Friedrich, Prof. Günther Drefahl, auch Ärzte, die bereits vor 1933 eine Bewegung der Ärzte für den Frieden begründet hatten, oder auch der Völkerrechtler Peter Alfons Steininger, der mit Erich Weinert zu den Pazifisten vor 1933 gehörte. In dieser Zeit gewann die Bewegung gegen den Vietnamkrieg ebenso wie die Befreiungskampagne für Angela Davis große Popularität. Mit Kunstwerken, Aktionen zum Weltfriedenstag am 1. September und bei Festivals wurde Friedenspolitik thematisiert und zur Diskussion gestellt. Auch die Friedensforschung hatte in der DDR einen festen Platz

Das Verhältnis von Friedensrat und SED bedarf eines besonderen Wortes. Die SED spielte unbestritten eine führende Rolle. In der Friedensfrage gab es keine Differenz zwischen der SED und dem Friedensrat. Es war Grundkonsens, alles für die Erhaltung des Friedens in Deutschland und Europa zu tun. Zu den Auffassungen im Friedensrat der DDR gehörte auch die Überzeugung, dass es eine Unverletzlichkeit unserer Grenzen geben muss und der Frieden notfalls verteidigt werden muss. Die Politik der DDR wurde als Friedenspolitik verstanden.

Als ab 1987 oppositionelle Friedensanhänger die Losungen »Schwerter zu Pflugscharen« oder »Frauen für den Frieden« verbreiteten, gab es seitens des Friedensrates keine Zustimmung und keine Kritik. Den Olof-Palme-Marsch zwischen Ravensbrück und Sachsenhausen führten Friedensrat und Oppositionelle gemeinsam durch. Bei der Neukonstituierung des Friedensrates 1990 wurde ausdrücklich formuliert, »dass sich der Friedensrat zur Überparteilichkeit bekennt und sich ausschließlich dem Frieden verpflichtet fühlt«.



Am 26. November 1975 überreichte der Generalsekretär des Weltfriedensrates, Romesh Chandra (l), den Kulturpreis des Weltfriedensrates an die Schriftstellerin Anna Seghers.

ADN-ZB/Stark

Niederlage des Krieges waren z. B. im öffentlichen Eisenbahnnetz ebenso sichtbar wie in demontierten Fabriken. Antifaschistische Kunst- und Kulturschaffende, die sich nach dem Krieg im Osten angesiedelt hatten, gehörten zu den Mitbegründern einer neuen nationalen und internationalen Friedensbewegung, die sich seit dem Weltkongress der Kulturschaffenden 1948 in Wroclaw gebildet hatte. Ab April/Mai 1949 (noch vor Gründung der DDR) gab es den Weltfriedensrat, zu dem das Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden (das später zum »Deutschen Friedensrat« umbenannt wurde). Repräsentanten waren u. a.: Anna Seghers, Bertolt Brecht, Johannes R. Becher und Arnold Zweig. Anfang der 50er Jahre wurde aus der Friedensbewegung der Kulturschaffenden ei-

Geschlechts, Religion und Parteizugehörigkeit.

Im Jahre 1962 kam es zu einer Veränderung des Namens und der Organisationsstruktur. Aus dem »Deutschen Friedensrat« wurde »Friedensrat der DDR«. Solche Veränderungen gab es nach 1961 in mehreren Organisationen. Zur gleichen Zeit stellten die vielen kleineren Friedenskomitees in den Bezirken und Kreisen der DDR ihre Tätigkeit ein. Die Aufgaben wurden ausschließlich von einem zentralen Komitee, das aus etwa 300 Personen gebildet wurde, übernommen. Diese Persönlichkeiten traten zu Höhepunkten in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Mit hauptamtlichen Kräften wurde ein internationaler Delegationsaustausch organisiert, Konferenzen und Weltversammlungen für den Frieden.

Eine neue deutsche Ostpolitik?

Erhard Crome: Die Ukraine, die EU und die besondere Rolle Deutschlands

Am 7. September 1918 empfing Kaiser Wilhelm II. den Hetman der Ukraine, Pawel P. Skoropadski, auf Schloss Wilhelmshöhe bei Kassel. Das war Zeichen der deutschen Unterstützung für den gegen Russland und gegen die Bolschewiki gegründeten ukrainischen Staat und zugleich Ausdruck dessen, dass sich Deutschland in der Schlussphase des Ersten Weltkrieges in der Lage wähnte, nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches und den russischen Revolutionen eine große Einflusszone im Osten zu errichten. In einem vergleichbaren Sinne betonte Zbigniew Brzezinski, einer der Vordenker us-amerikanischer Globalstrategie, nach dem Ende des Kalten Krieges, eine unabhängige Ukraine sei ein »geopolitischer Dreh- und Angelpunkt« dafür, dass Russland in einer geschwächten Position verbleibt. Das müsse fester Bestandteil einer umfassenderen Strategie der USA und des Westens in Eurasien sein.

Jetzt stellt sich die Europäische Union auf einen solchen Standpunkt. Auf dem EU-Gipfel in Vilnius Ende November 2013 sollte auch mit der Ukraine ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen abgeschlossen werden, das auf engere Zusammenarbeit und Marktzugänge zielt. »Es ist das weitestreichende, das die Europäische Union jemals mit einem Nichtmitglied ausverhandelt hat und könnte beim Gipfel der Östlichen Partnerschaft im November in Litauen besiegelt werden«, schrieb der österreichische Standard im März 2013. In Aussicht gestellt wurden umfangreiche Kreditlinien, darunter des Internationalen Währungsfonds. Zugleich forderte die EU die Freilassung der verurteilten früheren Ministerpräsidentin Julia Timoschenko. Damit hatte sich die EU allerdings selbst eine Falle gestellt, aus der sie nicht wieder herauskam: Keine Regierung, die auf sich hält, kann eine solche Bedingung ohne Gesichtsverlust erfüllen.

Hinzu kam, dass Russland, mit dem die Ukraine wirtschaftlich eng verbunden ist und von wo das Land den Hauptteil seiner Energielieferungen bezieht, deutlich machte, bei Zustandekommen des Vertrages mit der EU »Schutzmaßnahmen« ergreifen zu müssen. Deshalb hatte der ukrainische Präsident Janukowitsch erklärt, parallel zu dem Vertrag mit der EU mit dem »Einheitlichen Wirtschaftsraum«

von Russland, Kasachstan und Belarus zusammenarbeiten zu wollen. Daraufhin hatte EU-Kommissionspräsident Barroso gefordert, die Ukraine müsse sich entscheiden, sie könne nicht gleichzeitig ein Freihandelsabkommen mit der EU und eine Zollunion mit Russland haben. Auch diese Alternativ-Falle hatte also die EU gestellt.

Es geht um Geopolitik

Nachdem Janukowitsch nun den Vertrag nicht unterzeichnet hatte, erhob sich lautes Geschrei.

Es hieß, Russland habe einen Sieg errungen, die Ukraine sei für lange Zeit für den Westen verloren. Die Wochenzeitung »Der Spiegel« schrieb: »Der Kampf um die Ukraine ist einer zwischen dem russischen Präsidenten und der deutschen Kanzlerin. Die erste Runde ging an Putin.« Und weiter: »Die Geschichte ist noch nicht zu Ende. Und die Kanzlerin will vor der nächsten Runde eine neue Figur ins Spiel bringen: Vitali Klitschko. Der zwei Meter große Profiboxer soll zum proeuropäischen Gegner des russlandorientierten Janukowitsch aufgebaut werden – und am Ende das Abkommen doch unterschreiben.« Nun wird oft erklärt, es ginge um Demokratie, Bürgerrechte, Werte. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass schon im Ersten Weltkrieg die Behauptung, Gegner sei das reaktionäre Zaren-Regime, Teil der inneren Kriegsmobilisierung war. Sie ließ auch die deutsche Sozialdemokratie in die Kriegsbegeisterung einstimmen. Insofern steht der Verweis auf die »Werte« auf schwachen Füßen. Und »Der Spiegel« hat ganz offen resümiert: »Dabei geht es im Kampf um Kiew um viel mehr als freien Warenaustausch am östlichen Rand der Europäischen Union. Fast 25 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges geht es darum, wer es schafft, die früheren Sowjetrepubliken der Region in seinen Einflussbereich zu ziehen. Es geht um Geopolitik, um das ›Grand Design‹, wie es die Experten gern nennen.«

Damit sind wir, nicht nur fast ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, sondern auch fast ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Vereinigung, in einem neuen Auseinandersetzungsprozess in den internationalen Beziehungen.

Deutschlands Machtpolitik

In diesen Beziehungen spielt die deutsche Außenpolitik wieder eine Rolle. Eine eigenständige Rolle, in der Deutschland – nunmehr gestützt auf die Europäische Union – einem Land wie Russland erneut als machtpolitischer Faktor gegenübertritt.

Es geht zugleich um das Schicksal Europas: Welchen Charakter wird die EU haben? Wird sie ein Hort des Neoliberalismus sein, der zugleich immer deutlicher als Militärmacht in Erscheinung tritt, oder aber wird sie ein wohlfahrtsstaatliches Gefüge sein, das international als Zivilmacht agiert? Trägt sie international, auch innerhalb Europas, zu Frieden und Sicherheit bei oder agiert sie als imperiales Machtgefüge, das gegenüber anderen Mächten, wie Russland, in Konkurrenz um geopolitische Einflusssphären tritt. Auch im Außenverhältnis der EU ist die innere Struktur der Union mit Deutschland als hegemonialem Zentrum wirksam. »Der Spiegel« hat das klar benannt: Offiziell agiert die EU gegenüber der Ukraine und Russland, im Kern aber ist es eine deutsche Politik, die die geopolitische Abrundung im Osten Europas vollenden will. Und dies in offensichtlicher Übereinstimmung mit strategischen Überlegungen der USA – siehe Brzezinski. Klar ist, dass dieser Konflikt nicht militärisch ausgetragen werden wird: Im Hintergrund stehen letztlich auch die USA, mit denen die EU-Staaten in der NATO militärisch-politisch verbunden sind, obgleich sie geoökonomisch eher Konkurrenten zu den USA sind. Insofern agieren auch hier Deutschland mit EU-Europa im Rücken und die USA nicht in einem Verhältnis von Herr und Knecht sondern als Kooperationspartner.

Der Ausgang der Auseinandersetzungen ist offen. Er wird auch hierzulande entschieden. Es geht darum, die EU und die deutsche Außenpolitik daran zu hindern, nach außen geopolitische Konflikte zu schaffen und zu schüren. Bei einer Umfrage des ZDF haben sich 17 Prozent der Befragten für eine Einmischung Deutschlands in die inneren Angelegenheiten der Ukraine ausgesprochen, 78 Prozent dagegen Stalingrad als »Schule der Nation« der Deutschen wirkt also auch noch nach drei Generationen. Das wird Angela Merkel berücksichtigen müssen.

Ein Lichtblick aus Haifa

Friedenskonferenz fordert ABC-waffenfreien Nahen Osten

Am 5. und 6. Dezember fand in Haifa eine Internationale Konferenz für einen von Atom- und Massenvernichtungswaffen freien Nahen Osten statt. Damit ist ein Durchbruch erreicht worden. Denn noch nie zuvor hatte dieses Thema in Israel einen solchen Rahmen und so viel Öffentlichkeit erfahren. Im Gegenteil, Israels Atomwaffen gelten als Tabu. Ein Jahr zuvor war eine internationale UN-Konferenz zum selben Thema an der Boykothaltung Israels gescheitert. Und trotzdem gab es am vorgesehenen Ort Helsinki eine Konferenz – nicht mit Regierungschefs, aber mit Friedenswilligen. Und die haben die Sache vorangebracht.

Issam Makhoul aus Israel, Präsident des Emil-Touma-Instituts für palästinensische und israelische Studien, z. B. hatte die zündende Idee: »Wenn Israel nicht nach Helsinki kommt, kommt Helsinki nach Israel.« Damit war das Motto für die Konferenz in Haifa gefunden.

Der Australier Nicholas Taylor, der am Athener Dialog über nukleare Abrüstung im Mittleren Osten beteiligt war, bekräftigte, »dass Abkommen zwar von Staaten geschlossen werden, die Staaten im All-

gemeinen aber von der Zivilgesellschaft an den Verhandlungstisch geschubst werden«, wie Xanthe Hall von IPPNW notierte. Die Konferenz in Haifa wurde zu einer ersten Etappe auf diesem Weg. Die Anregung wurde von israelischen Friedensorganisationen, von Menschenrechtsgruppen, NGOs, von Wissenschaftlern und Politikern aufgegriffen und unterstützt.

Veranstalter und Unterstützer waren das Emil-Touma-Institut Haifa, die International Association of Peace Messenger Cities (IAPMC), die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Israel und die verschiedenen Aktivisten der israelischen Abrüstungsbewegung. Zahlreiche Mitglieder der Knesseth, mehr als 30 Organisationen, NGOs und Parteien sowie Gäste aus den USA, Europa und Afrika nahmen teil. Der Bürgermeister von Haifa, Yonah Yahav, begrüßte die Teilnehmer. Der frühere US-Präsident Jimmy Carter würdigte die Konferenz mit einer Grußbotschaft.

Eindrucksvoll war das Auftreten von Prof. Tadatoshi Akiba, dem ehemaligen Bürgermeister von Hiroshima, Vorsitzender der Organisation »Mayors for Peace« (Bürgermeister für den Frieden), der an die

Leiden der Menschen von Nagasaki und Hiroshima erinnerte. Prominentester israelischer Redner war der frühere Knesseth-Präsident Avram Burg. Er verlangte die Offenlegung von Israels Atompolitik. Mit Atomwaffen sei mehr zu verlieren als zu gewinnen. Die Fortsetzung der Konferenz fand am 7. Dezember in Ramallah (Palästina) statt. Hier wurde der Skandal der Ablagerung von Atommüll im Negev und südlich von Hebron und die Gefahren, die von der alten Atomanlage in Dimona ausgehen, thematisiert. Ausführlich referierte hierzu Dr. Mahmoud Saadeh, Vorsitzender der IPPNW Palästina.

Die Haifa-Konferenz bekräftigte die Unterstützung für die schnelle Einberufung der Konferenz von Helsinki zur Schaffung einer von Massenvernichtungswaffen freien Zone. Die Situation sei politisch günstig: In Syrien werden die Chemiewaffen abgeschafft, mit dem Iran gibt es Verhandlungen, um die Differenzen zum Atomprogramm diplomatisch beizulegen. Die bevorstehenden Genf 2-Verhandlungen zur Beendigung des Krieges in Syrien wurden begrüßt.

Auf der Konferenz entstand ein Bündnis israelischer NGOs und Parteien, das die Debatte über die Atomwaffen Israels weiter voranbringen will. Dies wird gelingen, wenn die Debatte zu diesem Thema international weitergeführt wird. Die Zivilgesellschaft ist gefragt.

Weltfriedensrat tagte in Kuba und Venezuela

Das Exekutivkomitee des Weltfriedensrates (WPC), das vom 23. bis 25. November 2013 in Caracas, Venezuela tagte, verabschiedete eine Erklärung. In dieser werden die Auswirkungen der globalen Krise unter Betrachtung verschiedener Regionen der Welt analysiert, der Konkurrenzkampf der imperialistischen Mächte und Zentren und der Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg dargestellt. Insbesondere wurde die ernste Besorgnis über die Einflussnahme imperialistischer Kräfte auf die Lage im Nahen und Mittleren Osten und die Solidarität mit den dort lebenden Menschen zum Ausdruck gebracht.

Der Weltfriedensrat orientiert darauf, eine breite antiimperialistische Front aufzubauen und das Thema Frieden mit den sozialen Kämpfen und dem Kampf um den Erhalt der Umwelt zu verbinden. Dazu und zur weite-

ren Vernetzung wurde ein Aktionsplan vorgelegt, nachzulesen unter <http://www.wpc-in.org/news> und in deutscher Übersetzung unter: <http://www.deutscher-friedensrat.de>.

Vom 18. bis 20. November 2013 veranstaltete der Weltfriedensrat in der Stadt Guantánamo, der Hauptstadt der Provinz gleichen Namens, in der Republik Kuba das Dritte Internationale Seminar für Frieden und die Abschaffung ausländischer Militärstützpunkte. 152 Delegierte aus 22 Ländern nahmen daran teil. Die Abschlusserklärung ist hier nachzulesen: <http://www.wpc-in.org/tags/guantanamo>



US-Stützpunkt Guantánamo (wikipedia)

Siedlerkolonialismus



Petra Wild:
Apartheid und ethnische Säuberung in Palästina – Der zionistische Siedlerkolonialismus in Wort und Tat

Promedia Verlag,
ISBN: 978-3-85371-355-6, br., 240 Seiten, 15,90 Euro

Das Buch von Petra Wild orientiert sich an den neuesten Erkenntnissen der Kolonialismus- und Genozidforschung, die den Zionismus als eine Form des europäischen Siedlerkolonialismus ausweisen.

Nach einer Einführung in den Ursprung des palästinensisch-israelischen Konflikts und den exklusiv ethno-religiösen Charakter des Staates Israel wird detailliert auf die israelische Politik gegenüber den Palästinensern eingegangen.

»Danke, Hjalmar, pass auf dich auf!«

Ein Buch voller Erinnerungen, Bilder, Gerüche, Freuden und Tränen in Afghanistan

Die Bundeswehrosoldaten leben hinter Betonmauern in riesigen Camps fast ohne Kontakt zur Bevölkerung. Auch die Entwicklungshelfer in Afghanistan halten Distanz. Gepanzerte Wagen gelten als Symbol für die immer größer werdende Kluft zwischen der Bevölkerung und Ausländern. Die Sicherheitslage hat sich in den letzten Jahren ständig verschlechtert.



Hjalmar Jorge Joffre-Eichhorn

Foto: Max Beer

Die NATO-Strategie der Verbindung von Zivilem und Militärischem hat dem Wiederaufbau und dem Engagement ziviler Organisationen schwer geschadet.

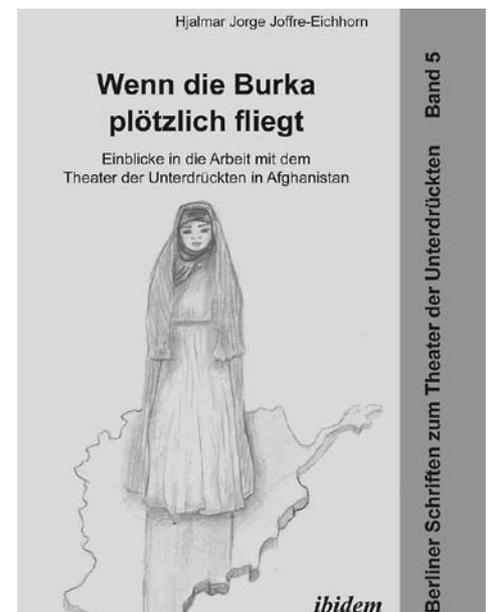
Der Theatermann Joffre-Eichhorn (Foto) beschreibt, dass nur im Miteinander Frieden und Nachhaltigkeit möglich sind. Inspiriert vom »Theaters der Unterdrückten« (TdU) des Augusto Boal ging er nach Afghanistan, um die Menschen dort im be-

hutsamen und respektvollen Miteinander mit einer auf Emanzipation orientierenden Theaterarbeit vertraut zu machen. Bei dieser werden auch die Zuschauer als Akteure herausgefordert. In unterschiedlichen sozialen Milieus gelang es Joffre-Eichhorn immer wieder, »safe spaces« zu schaffen, in denen die Aufarbeitung von leidvollen Traumata mittels Spiel und Kunst möglich war. Er hat die afghanische Realität am eigenen Leib erfahren: die permanente Nähe des Todes, Fäkalienstaub und Schlammwüsten, minus 25 Grad ohne Strom und ohne fließendes Wasser. Er erlebte die Besatzermentalität der ausländischen Truppen und machte die Erfahrung, dass auch die zivilen Organisationen zumeist in Parallelwelten leben und (wenn vielleicht auch ungewollt) neokoloniale Verhaltensweisen und Strukturen etablieren. Joffre-Eichhorn ist sich und seinen Visionen von einer besseren Welt treu geblieben. Mit großartiger Beharrlichkeit suchte er Verbündete und unterstützte die afghanischen Frauen und Männer bei der Schaffung eigener Strukturen als Alternative zu Gewalt und Krieg. Ein riesiger Erfolg ist die Gründung der afghanischen NGO AHRDO.

Hjalmar Jorge Joffre-Eichhorn hat seine Erlebnisse ziemlich genau protokolliert. Wir erleben Stille und Betroffenheit in den ersten Begegnungen mit Kriegs- und Folteropfern und seine Freude, wenn es zur Zusammenarbeit kommt. Immer wieder erzählt er von den Menschen, mit denen er zusammenarbeitet. Zum Beispiel von

Salim, der lange braucht, bis er auftaucht, sich dann aber zu einem glühenden Theatermacher entwickelt. Oder Zahra, die mit knapp 13 Jahren gegen ihren Willen verheiratet wurde und später vor der Gewalt ihres Ehemanns mit ihren drei Kindern nach Kabul floh. »Ausgerechnet Zahra«, schreibt Joffre-Eichhorn. »Was bin ich glücklich und stolz, diese Frau kennen gelernt zu haben, die nun die treibende Kraft in Afghanistans erstem legislativen Theaterprojekt gewesen ist.« Ein farbiges Buch voller Bilder, Gerüche, Freuden und Tränen, dem ich viele Leser wünsche.

Barbara Fuchs



Hjalmar Jorge Joffre-Eichhorn

1977 in Hamburg geboren. Sein Vater ist Bolivianer, seine Mutter Deutsche. Studium: Psychologie und internationale Beziehungen in Australien. Master in Friedens- und Entwicklungsstudien in Spanien, Master in Bildungsmanagement. Seit 2006 arbeitet er als Theatermacher mit dem Schwerpunkt Theater der Unterdrückten und Playback Theater in vielen Ländern der Erde, u. a. in Bolivien, Kirgisistan, Nordirland, Ruanda, Sierra Leone, Tadschikistan, Südafrika, Kenia, Weisrusland. Seinen Hauptarbeitsplatz hat er seit sechs Jahren in Afghanistan.

2009 gründete er gemeinsam mit afghanischen MenschenrechtsaktivistInnen die Afghanistan Human Rights and Democracy Organization (AHRDO), die sich u. a. mit interaktiven Theatermethoden für die Unterprivilegierten im Land einsetzt.

Harald Hahn

Der Herausgeber der »Berliner Schriften zum Theater der Unterdrückten« schreibt: »... auf einmal erzählte mir Hjalmar, dass er nach Afghanistan gehen möchte und mit dem Theater der Unterdrückten am Aufbau von zivilgesellschaftlichen Strukturen aktiv mitarbeiten will. ... Wie kann man denn in solch ein Land gehen und nicht automatisch Teil einer militärischen Mission werden, auch wenn man die besten Absichten hat? Dieses Buch zeigt auf, dass dies unter sehr großem persönlichem Einsatz durchaus möglich ist. Ich bin stolz, solch ein wichtiges Buch in dieser Reihe zu haben. Es ist so brennend aktuell: In der Berliner Republik sind Kriege wieder salonfähig geworden – Hjalmar Joffre Eichhorn zeigt auf, dass künstlerisches Schaffen, dass die Etablierung temporärer Freiräume, auch eine friedenspolitische Intervention sein kann. Danke, Hjalmar, für dieses Buch und pass auf dich auf!«

Gast bei der Luxemburg-Konferenz



Maria do Socorro Gomes Coelho aus Brasilien (Präsidentin des Weltfriedensrates) war gefragte Referentin und Diskussionspartnerin bei der Rosa-Luxemburg-Konferenz der jungen Welt am 11. Januar in Berlin (Foto von der Podiumsdiskussion). Am Sonntag, dem 12. Januar, beteiligten sie und Iraklis Tsavdaridis, Exekutivsekretär des Weltfriedensrates, aus Griechenland sich an der traditionellen Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Am 13. Januar waren beide zu Gast beim 65. Berliner Friedensgespräch des Deutschen Friedensrates und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Foto: Gabriele Senft

Termine der Friedensbewegung bis März 2014

16. Februar 2014, Berlin: Verleihung des »29. Friedensfilmpreises 2014«

(am letzten Tag der 64. Berlinale) Vorführung mit anschließender Diskussion, 17 Uhr, Kino Babylon, Rosa-Luxemburg-Str. 30

21. bis 22. Februar 2014, Köln:

11. Strategiekonferenz 2014 der Kooperation für den Frieden: »1914-2014: 100

Jahre Krieg – 100 Jahre Pazifismus und Friedensbewegung«, Jugendherberge Köln-Riehl, An der Schanz 14

7. bis 8. März, London:

Internationale Anhörung zur Freilassung der »Cuban 5« an der Law Society, 113 Chancery Lane, London WC2A 1PL. Infos: <http://www.voicesforthe5.com>

21. bis 23. März Belgrad:

Weltfriedensrat, Europäische Regionaltagung und Internationale Konferenz »Global peace vs. global interventionism and imperialism«

31. Januar bis 2. März jeweils freitags und samstags 19.30 Uhr, sonntags 14.00 Uhr:

Berliner Compagnie

Fabrikgebäude, Muskauer Straße 20 A:

»Anders als du glaubst« Ein Theaterstück über Juden, Christen, Muslime und den Riss durch die Welt. »Ein großartiges Schauspiel, inszeniert von der Regisseurin Elke Schuster, ein Kampf um den Glauben und die Religionen. Jeder ,kriegt sein Fett weg« aber jeder hat uns doch auch etwas Wertvolles mit auf den Weg zu geben: Gerechtigkeit und Mitgefühl sind Kernforderungen des Judentums, des Christentums und des Islams. Ich habe das Theater verlassen, tief beeindruckt und mit der Gewissheit, es gibt doch eine Chance für uns, Verständigung ist möglich, vielleicht, wahrscheinlich? Wenn wir alle mitspielen.« Marlis Margarete Urbach (Creative City Berlin)

<http://www.berlinercompagnie.de/>



Foto: Kamila Zimmermann

Unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende

Für die Arbeit des Deutschen Friedensrates e. V. bitten wir unsere Mitglieder, Freunde und Sympathisanten um eine Spende, die wir für unsere Friedensarbeit gegen Krieg und Militarisierung und für die Herausgabe des Pax Reports einsetzen. Auf Wunsch stellen wir eine Spendenbescheinigung aus!

**Spendenkonto Deutscher Friedensrat:
Berliner Bank
IBAN: DE75100708480629077900
BIC: DEUTDEB110**

Impressum

Herausgeber, Verleger:

Deutscher Friedensrat e.V.,
c/o Dr. Bärbel Schindler Saefkow (V.i.S.d.P.),
Platz der Vereinten Nationen 7, 10249 Berlin,
Tel.: 030-426 52 90, Fax: 030-42 01 73 48
E-Mail: saefkow-berlin@t-online.de
Homepage: www.deutscher-friedensrat.de

Redaktionelle Leitung:

Barbara Fuchs, E-Mail: paxreport@web.de

Gestaltung:

Juliane Haseloff

Druck:

Druckerei Bunter Hund, Berlin

Pax Report erscheint dreimal jährlich. Bezug gegen Spende

Redaktionsschluss: 14 Januar 2014